

Hamburg,30.April 2019

Prozesserklärung

Mir wird heute vorgeworfen, Widerstand gegen einen Vollstreckungsbeamten geleistet zu haben und den hier vermeintlich geschädigten Herr Mehl durch das Wort "*Pappnase*" in seiner Ehre gekränkt zu haben. Bevor ich auf die mir gemachten Vorwürfe eingehe, schildere ich zuerst, wo und in welchem Kontext das ganze stattgefunden hat.

Die Situation ereignete sich am 08.09.2018 gegen 00:00 Uhr vor meiner Haustür in St. Pauli. Ich muss dazu sagen, die Begegnung war durchaus nichts Ungewöhnliches. Ich begegne in meinem Alltag rund um mein Zuhause jeden Tag Polizist*innen, der sogenannten Task Force Drogen. Ihr Auftrag sei die sogenannte "Bekämpfung der öffentlich wahrnehmbaren Drogenkriminalität"¹. In der Praxis geht es hier jedoch darum, jene Schwarze Personen aus dem öffentlichen Raum zu

¹ Vgl. Interview NDR vom 20.04.2016

vertreiben, die aufgrund ihres prekären Aufenthaltsstatus nach St. Pauli gekommen sind. Dazu muss man wissen, dass sich St. Pauli spätestens seit der Ankunft der Lampedusa Gruppe in der St. Pauli Kirche 2012 zu einem Ort der Solidarität mit Geflüchteten entwickelt hat. Dort unterstützen bis heute mehrere Netzwerke auch jene Geflüchtete mit besonders prekärem Aufenthaltsstatus.

Hier patrouillieren rund um die Uhr Polizist*innen, uniformiert mit Warnwesten und BodyCams, aber auch in Zivil. Ihre permanente Anwesenheit kommt einer dauerhaften Überwachung gleich. Denn sie wissen nicht nur, wann ich das Haus verlasse und wann ich nach Hause komme, wer meine Freunde sind. Sie wissen auch, mit wem ich auf der Straße spreche und in welches Auto ich steige. Die Beamt*innen kennen mich also. Und nicht selten habe ich Sprüche gehört wie:

“Den kennen wir doch”

oder

“Der schon wieder”.

Regelmäßig werde ich auf dem Weg zur Arbeit oder nach Hause einer Personenkontrolle unterzogen. Die selben Beamt*innen kontrollieren mich immer wieder. Dabei hat keine der unzähligen Überprüfungen meiner Personalien jemals zu irgendeiner Art von Folgemaßnahme geführt. Trotzdem sind solche Kontrollsituationen nicht harmlos, sondern haben psychosoziale Folgen: Die öffentliche Bloßstellung, Stigmatisierung, Kriminalisierung und Einschüchterung.

Dabei ist mir klar, dass ich als *weiße* Person nur am Rande betroffen bin. Die Maßnahmen in St. Pauli richten sich hauptsächlich gegen Schwarze Personen und Personen of Color.

Als rechtliche Grundlage hält dabei die Konstruktion des „gefährlichen Ortes“ her, um den es hier hoffentlich auch heute gehen wird. Der gefährliche Ort PK 15 BTM, umschließt den gefährlichen Ort PK 15

Gewalt rund um die Vorzeige- touristenmelkmaschine Reeperbahn. Hier verfolgt die Task Force mit ihrem Einsatz, wie schon gesagt, das erklärte Ziel:

“die öffentlich wahrnehmbare Drogenkriminalität zu bekämpfen”².

Offizielles Ziel ist also nicht die Unterbindung des Handels, sondern die Veränderung der öffentlichen Wahrnehmung. Folglich geht es hier also nicht um Drogen, sondern um die Anwesenheit bestimmter Menschen im öffentlichen Raum. Und um diese aus dem Stadtteil zu vertreiben, hat die Polizei offensichtlich beschlossen aufenthaltsrechtliche Kontrollen bei allen Schwarzen Personen und Personen of Color, seien das richtige Mittel.

Ich möchte hier einmal Polizeipräsident Meyer zitieren, der bereits 2016 in einem Interview angab:

„Es geht darum, eine Situation herbeizuführen, die so ist, dass man es als akzeptabel, als deutlich zurückgedrängt wahrnimmt, und wir wissen natürlich schon, dass dann der Deal vielleicht woanders stattfindet, in geschlossenen Räumen. Hier geht es ja um die öffentlich wahrnehmbare Drogenkriminalität und die wollen wir deutlich reduzieren.“³

Und während der Drogenhandel in St. Pauli als Scheinargument herhält, um aufenthaltsrechtliche Kontrollen durchzuführen und während die Task Force de facto nichts anderes tut als Ausweispapiere zu kontrollieren, als wäre St. Pauli ein Flughafen, begründen Richter*innen die Anordnung von Untersuchungshaft bei Beschuldigten ohne deutschen Pass immer häufiger mit vermeintlicher Fluchtgefahr⁴ und verhängen damit faktisch eine vorgezogene Haftstrafe.

2 Vgl. ebd.

3 Vgl. ebd.

4 Vgl. NDR Artikel vom 24.04.2019

Auch Gerichtssprecher Kai Wantzen sagte vor kurzem bezüglich der drastisch gestiegenen Zahl an U-Häftlingen, es handele sich hauptsächlich um:

„ausländische Tatverdächtige, die in Hamburg oder generell in Deutschland ohne jede soziale Anbindung leben“.⁵

Diese Maßnahmen haben weitreichende Konsequenzen. Die Untersuchungs-haftanstalt im Holstenglacis ist zu 92,7 Prozent belegt. Der Anteil ausländischer Gefangener liegt derzeit bei 57,8 Prozent und damit 39 Prozent höher als noch 2014⁶. Dabei gibt es laut statistischem Bundesamt in Hamburg weniger Straftaten, weniger Tatverdächtige, weniger Verurteilte und weniger Haftstrafen⁷. Und als wäre das nicht perfide genug wird durch den Einsatz der Taskforce der so genannte „gefährliche Ort“ zur selbsterfüllenden Prophezeiung. Denn wo mehr Kontrollen durchgeführt werden, steigt mit Sicherheit auch die Kriminalitätsstatistik.

Die Anwesenheit der Präsenzpolizei vor meiner Haustür ist also eine permanente Haft- und Abschiebeandrohung für Geflüchtete mit prekärem Aufenthaltsstatus. Dass es hier um Abschiebungen geht wurde zuletzt am 14.03.2019 deutlich, als anlässlich eines Großeinsatzes der Polizei in St. Pauli eine Delegation aus gambischen Diplomaten*innen eingeflogen wurde, um die für die Abschiebung notwendigen Papiere, der extra dafür in Gewahrsam-genommenen ausstellen zu lassen⁸. Der Senat antwortete in einer Anfrage der Abgeordneten Christiane Schneider vom 20.03.2019 wie folgt:

⁵ Vgl. <https://www.strafakte.de/nachrichten/u-haft-hamburg-boomt/>

⁶ Vgl. ebd.

⁷ Vgl. NDR Artikel vom 24.04.2019

⁸ Vgl. Kleine Anfrage der Abgeordneten Christiane Schneider vom 20.03.2019

„Im weiteren Verlauf wurden 13 Personen zur Klärung der Staatsangehörigkeit im Rahmen der Amtshilfe zur Anhörung durch eine ausländische Delegation überstellt.“⁹

Wie ich selbst einmal mithören musste, bezeichnen die Beamt*innen bei Großeinsätzen wie diesen diese aus aufenthaltsrechtlich Gründen in Gewahrsamgenommenen als:

“Beifang”

Dieser sogenannte “Beifang” sollte am 14.03.2019 dann also der gambischen Delegation vorgeführt werden, um schnellstmöglich abgeschoben werden zu können. Damit praktiziert die Polizei nichts anderes als eine rassistische Vertreibungspolitik.

Und durch ihren Einsatz verhindert die Task Force auch zivilgesellschaftliches Engagement in St. Pauli. Viele Schwarze Menschen und Menschen of Color meiden heute aus Angst vor einer demütigenden Kontrollsituation das gesamte Gebiet. So musste sich zum Beispiel kürzlich das Projekt *African Terminal*, in dem sich Geflüchtete in St. Pauli organisieren, für beendet erklären, weil sich nach eigener Aussage zu viele der Teilnehmer*innen nicht mehr nach St. Pauli gewagt haben. In einem offenen Brief an Innensenator Andy Grote am 23.04.2019 schrieb eine der Mitinitiator*innen Prof. Dr. Sybille Peters dazu:

“Der African Terminal ist 2017 aus dem friedlichen Zusammenleben von Alt- und Neu- Hamburger*innen auf St. Pauli entstanden. Mittlerweile hat die polizeiliche Taskforce mit ihren gezielten Kontrollen afrikanischer Migranten diesen Frieden, und nun auch den African Terminal und seine zweijährige Arbeit,

⁹ Vgl. ebd.

zerstört und beendet.“¹⁰

Schwarze Menschen und Menschen of Color werden auf St. Pauli also durch die permanente Anwesenheit der Polizei und die damit einhergehende Abschiebeandrohung isoliert und vertrieben. Dauerhaft markiert hier die Anwesenheit der Task Force die verräumlichte Aussetzung von Grundrechten. Teil dieser rassistischen Vertreibungspolitik ist auch die Einschüchterung von Unterstützer*innen und solidarischen Anwohner*innen.

Wenn die Beamt*innen der Task Force gefragt werden, was sie hier eigentlich machen, antworten sie mir in der Regel:

“Das geht dich einen Scheiß an.”

oder

“Lass das mal unsere Sorge sein.”

Mir persönlich offenbart sich der rassistische Charakter der polizeilichen Maßnahmen immer dann, wenn die Kontrolle meiner Papiere damit begründet wurde, dass ich mit Schwarzen Menschen in meiner Nachbarschaft gesprochen habe. Ein Polizist sprach mich z.B. am 09.01.2019 als Einleitung einer Kontrolle direkt an mit:

“Hey, du hast grade mit denen da geredet.”

Auch der Umgangston seitens der Beamt*innen ist grob und aggressiv. Ich möchte hier nur mal einen kurzen Einblick geben:

Bei einer nächtlichen Kontrollsituation am 29.05.2018 flüsterte mir ein Beamter ins Ohr, ob ich denn zusammengeschlagen werden wolle. Sein Kollege richtete kurz darauf sein Pfefferspray auf mich, woraufhin ich

¹⁰ Vgl. Offener Brief ab den Innensesntot Andy Grote vom 23.04.2019

schnell meinen Ausweis zeigte. Meinem Mitbewohner wurde in ähnlicher Situation einmal gedroht mit:

“Wenn es die Polizei nicht gäbe, würde Ich ihr Haus anzünden.”

Eine Freundin wurde kürzlich wegen eines nicht angeleiteten Hundes eingeschüchtert mit den Worten:

“Oder möchtest du die Nacht in der Zelle verbringen?”

Bei anderer Gelegenheit drohte mir ein Beamter der Task Force:

“Du liegst gleich mit der Schnauze im Dreck.”

Womit er mit Blick auf den 08.09.2018, um den es heute gehen soll, dann ja auch Recht behielt. Seitdem mir an besagten Abend also die Arme und Beine auf dem Rücken brutal verdreht wurden, habe ich mir angewöhnt, vor meiner eigenen Haustür um Hilfe zu rufen, wenn ich in eine Kontrolle gerate. Am 24.02.2019 wurde ich dafür zuletzt verhöhnt mit den Worten:

„Sie können hier schreien so viel sie wollen. Sie hört eh keiner.“

Die Anwesenheit der Polizist*innen dient einer andauernden Einschüchterung, die sich auch in ihrem Verhalten und Tonfall widerspiegelt. Auch der Einsatz, an dem Herr Mehl am besagten Abend beteiligt war, hatte meines Erachtens also den Auftrag Schwarze Personen und Unterstützer*innen einzuschüchtern.

Dabei sind die Beamt*innen der Task Force in ihrem Auftreten oftmals nicht nur äußerst aggressiv, sondern begegnen jeder Kritik in der Regel höhnisch und tun sie als „Gerede“ ab. Ich hatte am besagten Abend also durchaus berechtigtes Interesse an einer Kritik dieser polizeilichen

Einschüchterungs-strategie und Ich bestehe darauf, dass es mir in der Diskussion um Sachverhalte ging, die mir wichtig sind.

Und wenn sich wechselnd Beamt*innen bedrohlich vor mir aufbauen und Drohungen aussprechen, wenn mir die Arme und die Beine auf dem Rücken verdreht werden und ich über den Sand in einen Streifenwagen geschleift werde, wenn jetzt mehrere Polizist*innen das Anspannen meiner Muskeln gesehen haben wollen, um daraus einen Widerstandsvorwurf zu konstruieren, wenn ich einen Strafantrag über die unglaubliche Summe von 2700 Euro erhalte, dann ist die Strategie der Einschüchterung so offensichtlich, wie sie perfide ist.

Und wenn eine infantile Bezeichnung wie *“Pappnase”* ausreicht, um eine brutale Festnahme zu legitimieren, dann bleibt nur zu hoffen, dass hier heute über die Unverhältnismäßigkeit und Willkür des Einsatzes der Task Force Drogen in St. Pauli gesprochen wird und nicht über eine vermeintliche Ehrverletzung des Herrn Mehl.

In der 2. Klasse habe ich gelernt: Wenn dich jemand „Pappnase“ nennt, dann bleibst du cool und sagst „selber Pappnase“ oder „Spiegel“.

Ich bleibe dabei:

Ich werde mich weiterhin mit den stigmatisierten Schwarzen Menschen in meiner Nachbarschaft solidarisieren. Wo die Abwehr und die Verfolgung geflüchteter Menschen an der Tagesordnung ist, werde ich weiter vehement widersprechen und fordere alle Bewohner*innen und Besucher*innen St. Paulis auf das selbe zu tun.